

Kongsnaes-Vertrag verlängert

Weitere Fünf-Jahres-Frist für Investor. Nachbarn legen Widerspruch ein.

Berliner Vorstadt – Der Vertrag zwischen der Stadt und Kongsnaes-Investor Michael Linckersdorff ist um fünf Jahre verlängert worden. „Das hat mir Oberbürgermeister Jann Jakobs in einem Schreiben persönlich mitgeteilt“, sagt der Berliner Juwelier, der die ehemalige kaiserliche Matrosenstation am Jungferensee wiederaufbauen will, gestern auf MAZ-Anfrage. Stadtsprecher Jan Brunzlow bestätigt: „Die Entscheidung basiert auf einem Passus im Vertrag, wonach dieser verlängert werden kann, wenn der Bauherr Verzögerungen nicht selbst verschuldet hat.“ 2011 hatten Nachbarn gegen die Baugenehmigung der als Ausflugslokal geplanten Ventehalle geklagt und recht bekommen. Die Stadt

brauchte drei Jahre, um den Bescheid zu überarbeiten. Inzwischen hat Investor Linckersdorff fünf Baugenehmigungen: für Kapitänshaus, Matrosenkaserne und Bootshaus, Ventehalle und Hafen.

Für letzteren endet heute die Ausschreibung, dort soll zuerst gebaut werden. Man sichte gerade die Angebote, so Linckersdorff. Mitte Juni soll es losgehen. Das Halbrund wird nach Angaben des Investors 1,80 Meter tief ausgebagert und erhält einen Steg mit Liegeplätzen für 17 Boote; außerdem entsteht ein Anleger für das Traditionsschiff „Royal Luise“. Parallel dazu soll die Ventehalle, einst Aufenthaltssaal für Wilhelm II., originalgetreu rekonstruiert und als Lokal mit 90 Innen- und 32 saison-

alen Außenplätzen genutzt werden. Gegen diese Baugenehmigung haben Anrainer erneut Widerspruch bei der Stadt eingelegt. „Wir bleiben dabei: Uns stellt sich die geplante Gastronomie nach wie vor größer dar als die angegebenen 122 Plätze“, sagt Götz von Kayser als Vertreter der Anwohner. Auch die Vertragsverlängerung sei nicht nachvollziehbar: „Zwei Bestandsgebäude hätte der Investor seit 2011 sanieren können. Warum fängt er nicht an?“, fragt von Kayser. Als unmittelbar betroffener Nachbar klagt er gegen einen Glasanbau am Bootshaus. „In erster Instanz haben wir verloren, jetzt gehen wir in die zweite Instanz beim Oberverwaltungsgericht“, sagt von Kayser. he



So sieht es auf dem Gelände heute aus.